Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

BERLIN KOMPAKT

NEUES AUS DEM BUNDESTAG UND DEM WAHLKREIS

Newsletter von Sabine Dittmar, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 248

Ausgabe 9/2023

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche wurde ein Brandanschlag auf das Wahlkreisbüro meines SPD-Bundestagskollegen Karamba Diaby in Halle verübt. Der Vorfall hat uns alle sehr erschüttert. Volle Solidarität mit Karamba Diaby und seinem Team! Wir lassen uns nicht einschüchtern und zeigen gemeinsam klare Kante gegen Rassismus.

Angriffe auf Menschen und Institutionen nehmen zu, Drohungen sind in vielen Regionen inzwischen fast an der Tagesordnung und führen dazu, dass sich die Menschen – darunter viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker – zunehmend nicht mehr engagieren wollen. Das bereitet uns große Sorgen. Wir werden unsere demokratischen Grundsätze jeden Tag verteidigen und dafür einstehen, damit nicht diejenigen lauter und sichtbarer werden, die hassen, ausgrenzen und unsere Werte bedrohen.

Wir lassen Verfassungsfeinden keinen Raum! Politische Auseinandersetzung, ja! Gewalt, Hass und Hetze, Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus oder Antisemitismus? Nein! Dafür stehen wir Sozialdemokrat:innen seit 160 Jahren ein.

Demokratie muss gelebt und erlebt werden, dazu tragen auch Programme vor Ort entscheidend bei. Derzeit bringen wir ein Demokratiefördergesetz auf den Weg. Damit schaffen wir erstmals die gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. Konkret geht es dabei um Projekte zur Förderung der Demokratie, zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention vor Ort. Jetzt müssen endlich alle an einem Strang ziehen, damit dieses Gesetz schnell umgesetzt wird.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und freue mich über Anregungen und Feedback!

Ihre

Soziale Politik für Dich

Sozialverträglicher Umstieg auf klimaneutrale Heizungen

In Verantwortung für künftige Generationen wollen wir in Deutschland bis 2045 klimaneutral leben. Damit uns das gelingt, setzen wir voll auf erneuerbare Energien. Beim Heizen von Gebäuden werden allerdings immer noch sehr viel fossile Energieträger genutzt – allein im Jahr 2022 wurden rund 600 000 neue Gasheizungen in Deutschland eingebaut. Dabei wissen wir: Wer heute eine neue Heizung einbaut, nutzt diese 20 bis 30 Jahre lang. Und da die Preise für Gas und Öl in den kommenden Jahren weiter steigen werden, wird fossiles Heizen für viele Menschen deutlich teurer. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir jetzt mit dem Umstieg auf klimaneutrale Heizungen beginnen - zügig, unbürokratisch und sozialverträglich.

Klimaneutrales Heizen müssen sich auch Haushalte mit weniger Einkommen leisten können. Dabei geht es für viele Menschen um größere Investitionen. Wir sorgen dafür, dass alle Menschen mitgenommen werden und niemand überfordert wird. Der vorgelegte Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes gibt Orientierung, wann alte Heizungen zugunsten einer klimafreundlicheren Anlage ausgetauscht werden müssen, und er beinhaltet weitreichende Übergangsfristen und Härtefallregelungen. Wir machen uns zudem für eine kostenlose Energieberatung mit einem individuellen Fahrplan für nötige Umbauten stark, damit Bürge:rinnen Planungssicherheit bekommen.

Außerdem liegen nun erste Vorschläge für ein Förderprogramm vor, das Eigentümer:innen beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungen unter die Arme greift. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir den Entwurf weiter verbessern. Bei der Förderung werden wir vor allem Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen stärker in den Blick nehmen. Wir haben darum vom ersten Tag an deutlich gemacht, dass wir dem Gesetz nur zustimmen, wenn es eine sozial ausgewogene Förderung gibt.

Flüchtlingsgipfel endet mit praxistauglichem Kompromiss

Es ist ein wichtiges Signal, dass der Bund und die Länder sich beim Flüchtlingsgipfel in dieser Woche zusammengerauft haben und nun ein tragfähiger und praxistauglicher Kompromiss auf dem Tisch liegt, hinter dem sich alle versammeln können.

Wir wussten, dass es keine einfachen Verhandlungen werden würden. Einig waren sich Bund und Länder aber von Anfang an in dem Ziel, insbesondere die belasteten Kommunen in Deutschland noch stärker zu entlasten. Das ist erfolgreich gelungen. Wir unterstützen die Städte, Kreise und Gemeinden bei der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung.

Die Kommunen leisten derzeit Herausragendes, um Geflüchtete zu versorgen. Sie verdienen dafür höchste Anerkennung. Um sie zu entlasten, stocken wir die Bundesmittel in diesem Jahr um eine Milliarde Euro auf mehr als 16 Milliarden Euro auf.

Geld ist aber nicht alles. Wir greifen den Kommunen deshalb auch mit konkreten Maßnahmen unter die Arme. So stellen wir etwa Gebäude

Bürgerrat für gesunde Ernährung eingesetzt

Bürgerräte sollen dazu dienen, Perspektiven von Bürger:innen in die politische Debatte einzubringen und ihre Erwartungen, Vorstellungen und Forderungen an die politischen Akteure zu formulieren. Den ersten Bürgerrat dieser Wahlperiode haben wir in dieser Woche eingesetzt. Befassen wird er sich mit dem Thema gesündere und nachhaltigere Ernährung.

Das ist ein Thema, das viele Bereiche berührt: Ernährungsgewohnheiten prägen uns als Individuen und als Gesellschaft, unterliegen aber auch stetem Wandel. Sie haben Auswirkungen auf unsere Gesundheit und die Umwelt, sind Bestandteil unserer Kultur und des sozialen Miteinanders.

Dem Bürgerrat sollen 160 Personen angehören, die zufällig nach einem mehrstufigen, stratifizierenden Verfahren aus allen Menschen über 16 Jahren mit Erstwohnsitz in Deutschland ausgewählt werden. Unterstützt wird der Bürgerrat durch Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis. Ziel ist, einen möglichst umfassenden Überblick über Stand und Breite der Diskussion zu geben. Neben Organisatorischem formuliert der Koalitionsantrag Leitfragen. Unter anderem soll des Bundes mietfrei zur Verfügung. Ausländerbehörden sollen digitalisiert und Asylverfahren beschleunigt werden. Die Möglichkeiten zur freiwilligen Rückkehr und zur Rückführung von ausreisepflichtigen Personen sollen verbessert werden.

Wir wollen irreguläre Migration eindämmen und mehr reguläre Migrationswege schaffen. Wir stehen für ein humanitäres Asylrecht, das Menschen hilft, die Hilfe brauchen. Und wir arbeiten an einem modernen Einwanderungsrecht, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, auf die wir in Deutschland dringend angewiesen sind.

untersucht werden, welche Maßnahmen die Bürger:innen für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung wünschen oder welchen Beitrag sie selbst dafür bereit sind zu leisten.

Bis zum 29. Februar 2024 soll der Bürgerrat seine Handlungsempfehlungen dem Bundestag in Form eines Bürgergutachtens vorlegen, das dann im Plenum und in den Fachausschüssen beraten werden soll.

Weitere Infos zum Bürgerrat gibt es hier!

Fachgespräch Endometriose im Bundesgesundheitsministerium

Am Montag hatte ich Vertreter:Innen des Forschungs-, Arbeits- und Familienministeriums, der Endometriose-Vereinigung Deutschland e. V. sowie Sachverständige aus Wissenschaft, Versorgung und Selbstverwaltung zu einem Fachgespräch zum Thema Endometriose ins Bundesgesundheitsministerium eingeladen. Es ist wichtig, dass wir Betroffene dieser leider noch immer unheilbaren Krankheit unterstützen. Wie wir das als Politik noch besser tun können, darum ging es am Montag in einem ebenso intensiven wie interessanten Austausch. Gemeinsam haben wir verschiedene Ansatzpunkte für weitere Verbesserungen in den Bereichen Aufklärung, Diagnostik, Forschung und Versorgung besprochen, an deren Umsetzung wir auch gemeinsam weiterarbeiten wollen. (Fotos: BMG/Thomas Ecke)

„Gesundheit: Barrierefrei – selbstbestimmt – zeitgemäß“

Die Inklusionstage 2023 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales standen in dieser Woche unter dem Motto „Gesundheit: Barrierefrei – selbstbestimmt – zeitgemäß“. Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass alle Menschen Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung haben. Besonders Menschen mit Behinderungen sind darauf angewiesen, dass die Leistungen barrierefrei und niedrigschwellig sind. Ich durfte als Staatssekretärin beim Gesundheitsminister in einem Grußwort aufzeigen, wie wir dafür sorgen wollen, dass Barrieren, die es im Gesundheitsbereich noch immer gibt, abgebaut werden können.

Frühjahrsfest der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Bundeszahnärztekammer

Der Frühjahrsempfang der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) und der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) fand in dieser Woche in der Landesvertretung Baden-Württemberg statt. In einem Grußwort stellte ich als Staatssekretärin die große Bedeutung der Mundgesundheit heraus. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, sie weiter zu verbessern und dazu den Austausch mit den Zahnärzten suchen. Mit Blick auf das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, das bei den Zahnärzt:innen auf Kritik stößt, machte ich klar, dass wir die Abrechnungsdaten genau evaluieren werden. Unser Ziel ist, dass Zahnärzte ohne ökonomischen Druck ihre Arbeit verrichten können – ob in der Einzelpraxis, in Berufsausübungsgemeinschaften oder auch auch in Medizinischen Versorgungszentren. (Fotos: KZBV/Knoff)

Tag der Pflegenden am 12. Mai

Am Freitag war ich bei der zentralen Veranstaltung zum Internationalen Tag der Pflegenden zu Gast. Beschäftigte in der Pflege und Millionen pflegende Angehörige leisten Großartiges, um Menschen gut zu versorgen, die aufgrund ihres Alters oder Krankheit auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind. Wir wissen um die Bedeutung der Pflege und arbeiten stetig daran, die Arbeitsbedingungen der Pflegenden zu verbessern und pflegende Angehörige zu entlasten. Insbesondere die pflegenden Angehörigen brauchen mehr Unterstützung. Deswegen sorgen wir nicht nur dafür, dass die Pflegeversicherung finanziell stabilisiert wird. Wir sorgen auch dafür, dass die Betroffenen mehr Leistungen bekommen und dass die Familien diese flexibler in Anspruch nehmen können.

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin

Die Stippvisite auf der Bundestagskuppel nebst Erinnerungsfoto gehört immer zu den Höhepunkten, wenn eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Rahmen einer Bundestagsfahrt in Berlin unterwegs ist. Aber auch ansonsten hatten die 50 Bürger:innen, die in der vergangenen Woche auf meine Einladung hin in der Hauptstadt unterwegs waren, unter ihnen auch eine Abordnung der Straßenmeisterei in Zeil, ein abswechslungsreiches Programm, das vom Humboldt-Forum über den Tränenpalast bis hin zum Museum der DDR reichte. Erstmals stand auch ein Besuch im Gesundheitsministerium an (Bild unten). Nur schade, dass ich die Gruppe dort nicht selbst empfangen konnte, da ich in der vergangenen Woche Termine außerhalb von Berlin wahrgenommen habe.

Tolles Ergebnis für Matthias Zink bei der Bürgermeisterwahl in Sand

Am ersten Sonntag im Mai gab es in Sand am Main die erste Runde der Bürgermeisterwahl. Gesucht wird ein Nachfolger für Bernhard Ruß, der seine Gemeinde 30 Jahre lang geführt hat. Für die SPD bewirbt sich Matthias Zink, mit dem ich auf dem Bild im Bundestagswahlkampf in Zell am Ebersberg unterwegs war, für das Amt und hat in der ersten Runde ein tolles Ergebnis erzielt. Mehr als ein Drittel der Menschen in Sand wollen ihn als neues Gemeindeoberhaupt. Glückwunsch zu diesem hervorragenden Ergebnis. Für die Stichwahl mit dem Kandidaten der FSB, Jörg Kümmel, sind alle Daumen gedrückt. Matthias Zink - damit Sand in guten Händen bleibt!

Termine im Wahlkreis

Kontakt

Team Bundestag

Abgeordnetenbüro Berlin
Telefon: 030 227-71810
sabine.dittmar@bundestag.de

Michael Frank - Büroleitung

Team Wahlkreis

Bürgerbüro Bad Kissingen
Telefon: 0971 6994949
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Karen Pohle - Büroleitung

Telefon: 030 227-71810

Markus Giesecke
Telefon: 030 227-71811

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 0971 6994949

Carolin Schiefer
Telefon: 0971 6994949

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Bürgerbüro Haßfurt
Telefon: 09521 5048809
sabine.dittmar.ma07@bundestag.de

Marco Heumann
Telefon: 09521 5048809

Marktplatz 6
97347 Haßfurt

Abgehört!

SPD für die Ohren

Bei vier Paralympischen Spielen holte Verena Bentele insgesamt zwölf Goldmedaillen. Heute kämpft die Präsidentin des Sozialverbands VdK mit Ausdauer für soziale Themen. Was das mit einem Bierdeckel zu tun hat, erzählt sie bei uns im Podcast.

Hier geht es zum Podcast!

Rasha Nasr ist in der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales unsere Expertin für die Fachkräfteeinwanderung. Sie erklärt, wie die Ampel Fachkräfte für die Pflege, Kitas oder auch das Handwerk sichern will - hierzulande und aus dem Ausland. Der fremdenfeindliche Populismus der Union spielt dabei keine gute Rolle.

Hier geht's zum Podcast!

Aufgeschnappt!

Das Zitat der Woche

„Wir wollen, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft eine Chance haben!“

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil

in der Regierungsbefragung am 10. Mai im Deutschen Bundestag zum Thema Kindergrundsicherung

Datenschutz | Kontakt

Impressum

Sabine Dittmar, MdB
Bürgerbüro
Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
fon +49-0-971-6994949
fax +49-0-971-6994950
E-Mail: sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Newsletter weiterempfehlen

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.